



Verordnung über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen * (Betreuungsverordnung, BeV)

Vom 8. November 2006 (Stand 1. Juli 2024)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 3, 8 Abs. 3, 10 Abs. 2, 11 Abs. 1, 13, 17 Abs. 2, 17a Abs. 3, 19 Abs. 5, 21 Abs. 2, 22a Abs. 2, 23 Abs. 2^{bis}, 24 Abs. 1^{bis}, 25 Abs. 1, 1^{bis}, 2 und 4, 27 Abs. 1, 1^{bis}, 2 und 5, 29a Abs. 5, 29b Abs. 3, 32 Abs. 4, 32a Abs. 3, 33 Abs. 2 und 34 Abs. 2 des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz, BeG) vom 2. Mai 2006 ¹⁾, § 18 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 ²⁾, die §§ 28 Abs. 5 und 91 des Schulgesetzes vom 17. März 1981 ³⁾ sowie § 3 des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Invalidenversicherung (EG AHVG/IVG) vom 15. März 1994 ⁴⁾, *

beschliesst:

1) SAR [428.500](#)

2) SAR [210.300](#)

3) SAR [401.100](#)

4) SAR [831.100](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
2006 S. 193

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien *

§ 1 Einrichtungen für besondere Förder- und Stützmassnahmen *

¹ Als Einrichtungen für besondere Förder- und Stützmassnahmen gemäss Schulgesetzgebung gelten *

- a) * Fachstellen für heilpädagogische Früherziehung,
- b) * Fachstellen für Psychomotorik-Therapie,
- c) * Fachstellen für Beratung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen,
- d) * Fachstellen für Logopädie bei Säuglingen und Kleinkindern,
- e) * Fachstellen für Sozialberatung von Eltern mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen.

² Die behinderungsspezifischen Voraussetzungen für den Leistungsbezug sind in der Verordnung über die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie die besonderen Förder- und Stützmassnahmen (VSBF) vom 8. November 2006 ¹⁾ geregelt. *

§ 1a * Einrichtungen mit Angeboten der aufsuchenden Familienarbeit

¹ Einrichtungen mit Angeboten der aufsuchenden Familienarbeit beraten, begleiten und unterstützen Kinder und Jugendliche sowie deren Familien in ihrem Umfeld bei der Bewältigung von Krisen, Konflikten und gravierenden Alltagsproblemen mit dem Ziel, einen Aufenthalt in einer stationären Einrichtung oder einer Pflegefamilie zu vermeiden.

² Die Angebote umfassen auch die Nachbetreuung von Kindern und Jugendlichen in ihrem familiären Umfeld nach einem Aufenthalt in einer stationären Einrichtung oder einer Pflegefamilie.

§ 1b * Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Entlastung von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen

¹ Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Entlastung von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen übernehmen stunden- oder tageweise die Betreuung und Pflege im familiären Umfeld, um Aufenthalte in einer stationären Einrichtung oder einer Pflegefamilie zu vermeiden und den Eltern die notwendige Erholung zu ermöglichen.

¹⁾ SAR [428.513](#)

² Eine schwere Behinderung liegt vor bei Kindern und Jugendlichen, die gemäss Art. 42^{ter} Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) vom 19. Juni 1959 ¹⁾ Anspruch auf einen Intensivpflegezuschlag zur Hilflosenentschädigung haben und im Tagesdurchschnitt einen invaliditätsbedingten Betreuungsaufwand von mindestens 6 Stunden pro Tag aufweisen. *

§ 2 Sonderschulen

¹ Stationäre Sonderschulen und Tagessonderschulen einschliesslich Sonderkindergärten sind Einrichtungen, die vier und mehr Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen Bildung und Förderung im Sinne von § 28 des Schulgesetzes anbieten.

² Die behinderungsspezifischen Voraussetzungen für die Zuweisung in eine Sonderschule sind in der VSBF geregelt. *

§ 3 Stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen

¹ Als stationäre Einrichtungen, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene beherbergen, gelten alle Wohnangebote, die vier oder mehr Personen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung anbieten, wenn diese aufgrund gravierender familiärer oder sozialer Problemsituationen oder aufgrund einer Behinderung einer stationären sozialpädagogischen Betreuung bedürfen. Zusätzlich können Pflege und berufliche Grundbildung angeboten werden. *

^{1bis} Die Angebote umfassen auch die Vorbereitung und Begleitung der Rückkehr von Kindern und Jugendlichen in ihr angestammtes familiäres Umfeld, soweit dies angezeigt ist. Junge Erwachsene werden in die Selbständigkeit begleitet. *

² Diese Einrichtungen fallen unter den Begriff der Heimpflege gemäss Art. 13 Abs. 1 lit. a der bundesrätlichen Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO) vom 19. Oktober 1977 ²⁾. *

³ Als junge Erwachsene gelten volljährige Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, sofern sie vor Erreichen der Volljährigkeit in eine Einrichtung eingetreten sind. Bei jugendstrafrechtlichen Massnahmen liegt die Altersgrenze unabhängig vom Eintrittsalter beim vollendeten 25. Altersjahr. *

§ 3a * Dienstleistungsanbieter in der Familienpflege

¹ Dienstleistungsanbieter in der Familienpflege vermitteln Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in inner- und ausserkantonale Pflegefamilien, die ihnen Unterkunft, Verpflegung, Betreuung und Pflege anbieten. Die Vermittlung umfasst die Eigentumsabklärung der Pflegeeltern und die Passung zwischen dem Kind, der oder dem Jugendlichen oder der jungen erwachsenen Person und der Pflegefamilie. Zudem stellen Dienstleistungsanbieter in der Familienpflege die Qualität des Pflegeverhältnisses sicher, begleiten und unterstützen die Pflegefamilien und entrichten den Pflegeeltern ein angemessenes Pflegegeld. *

¹⁾ SR [831.20](#)

²⁾ SR [211.222.338](#)

² Die Angebote umfassen auch die Vorbereitung und Begleitung der Rückkehr von Kindern und Jugendlichen in ihr angestammtes familiäres Umfeld, soweit dies angezeigt ist. Junge Erwachsene werden in die Selbständigkeit begleitet. *

³ Als junge Erwachsene gelten volljährige Personen gemäss § 3 Abs. 3 Satz 1. *

§ 3b * Kinder oder Jugendliche mit Behinderungen

¹ Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind minderjährige Personen, bei denen eine Behinderung gemäss § 2a VSBF nachgewiesen ist.

1.2. Einrichtungen für Erwachsene

§ 4 Stationäre Einrichtungen

¹ Stationäre Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen sind Einrichtungen, die vier oder mehr Personen Unterkunft, Verpflegung, Betreuung und Pflege anbieten. *

² Stationäre Einrichtungen für erwachsene Menschen in familiären oder sozialen Notlagen sind Einrichtungen, die vier oder mehr Personen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung anbieten. *

§ 4a * Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Unterstützung des selbständigen Wohnens

¹ Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Unterstützung des selbständigen Wohnens unterstützen und begleiten erwachsene Menschen mit Behinderungen, die selbstbestimmt in einer selbständigen Wohnform leben und die *

- a) * in der Regel einen Invaliditätsgrad von mindestens 40 % aufweisen, und
- b) * die Voraussetzungen für den Bezug eines Assistenzbeitrags gemäss Art. 42^{quater} IVG nicht erfüllen oder nicht in der Lage sind, die Arbeitgeberfunktion gegenüber der Assistenzperson wahrzunehmen.

² Als selbständige Wohnformen gelten Wohnverhältnisse, welche die Voraussetzungen gemäss Art. 35^{ter} Abs. 4 der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) vom 17. Januar 1961 ¹⁾ erfüllen.

³ Die Angebote umfassen auch die Vorbereitung auf ein selbstbestimmtes Leben in einer selbständigen Wohnform.

§ 5 Werk- und Tagesstätten *

¹ Werk- und Tagesstätten bieten betreute Arbeit und Tagesstruktur sowie Verpflegung für vier oder mehr erwachsene Menschen mit Behinderungen an. Sie können ertragsorientiert sein. *

¹⁾ SR [831.201](#)

² Die betreuten Beschäftigten haben geregelte Arbeitszeiten und Anspruch auf eine angemessene Entschädigung unter Berücksichtigung ihrer Leistung. *

³ Zum Leistungsangebot gehören Beschäftigungsangebote, geschützte Arbeitsplätze in eigenen Werkstattabteilungen oder von der Werk- und Tagesstätte betreute Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. *

§ 6 * ...

§ 7 * ...

§ 7a * Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Begleitung im ersten Arbeitsmarkt

¹ Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Begleitung im ersten Arbeitsmarkt beraten, unterstützen und begleiten erwachsene Menschen mit Behinderungen, die in der Regel einen Invaliditätsgrad von mindestens 70 % aufweisen müssen, sowie deren Arbeitgebende an inner- oder ausserkantonalen Arbeitsplätzen. Die begleitenden Leistungen können gegen Entschädigung teilweise an die Arbeitgebenden delegiert werden. *

² Die Angebote umfassen auch die Prüfung des beruflichen Potenzials und die Unterstützung bei der Suche einer geeigneten Arbeitsstelle.

§ 8 Erwachsene Menschen mit Behinderungen

¹ Erwachsene Menschen mit Behinderungen sind *

- a) * volljährige Personen, die gemäss Art. 8 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) vom 6. Oktober 2000 ¹⁾ sowie Art. 4 und 5 IVG als invalid gelten,
- b) * Personen im AHV-Alter, die bereits beim Erreichen desselben gemäss Litera a als invalid galten.

§ 9 Jugendliche *

¹ Jugendliche, die gemäss § 8 Abs. 1 lit. a als invalid gelten und die Schulpflicht erfüllt haben, können ebenfalls von Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen aufgenommen werden beziehungsweise Leistungen beziehen. *

¹⁾ SR [830.1](#)

1.3. Zuständigkeit

§ 10 Zuständiges Departement

¹ Das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) ist das zuständige Departement gemäss Betreuungsgesetz sowie die zuständige Behörde für die Einrichtungen der Heimpflege gemäss § 18 Abs. 1 lit. a EG ZGB. *

2. Betriebsbewilligung, Anerkennung und Aufsicht

2.1. Einrichtungen mit Betriebsbewilligung

§ 11 Bewilligungsvoraussetzungen

¹ Die fachkundige Leitung gemäss § 5 Abs. 1 lit. a BeG gilt als sichergestellt, wenn die für die Leitung der Einrichtung vorgesehenen Personen dazu fachlich qualifiziert sind sowie nach Persönlichkeit und Gesundheit als geeignet erscheinen. *

² Bestand und Ausbildung der Mitarbeitenden müssen dergestalt sein, dass die fachlich angemessene, dem jeweiligen Zweck entsprechende Leistungserbringung gewährleistet ist. *

³ Raumangebot, Raumanordnung, Ausstattung, Sicherheitseinrichtungen und die Umgebung der Einrichtung haben den besonderen Bedürfnissen der aufzunehmenden Menschen zu entsprechen.

2.2. Einrichtungen mit Anerkennung

§ 12 Betriebsführung

¹ Die Betriebsführung erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen unter Bezug anerkannter Methoden.

² Die erforderlichen Ausbildungen und fachlichen Voraussetzungen der Mitarbeitenden sind abhängig vom konkreten Leistungsangebot der anerkannten Einrichtung und den besonderen Betreuungsbedürfnissen der unterstützten oder betreuten Menschen. Sie orientieren sich an interkantonalen Standards und werden in den Leistungsverträgen festgelegt. *

³ Das quantitative Verhältnis zwischen Mitarbeitenden und unterstützten oder betreuten Menschen muss eine qualitativ gute Leistungserbringung ermöglichen. In den Leistungsverträgen werden entsprechende Vorgaben festgehalten. *

§ 13 Trägerschaft

¹ Die Unabhängigkeit der Trägerschaft von der operativen Ebene der anerkannten Einrichtung gilt als gewährleistet, wenn die Mitglieder des geschäftsführenden Organs der Trägerschaft und die Geschäftsleitung der anerkannten Einrichtung nicht persönlich verbunden sind. *

² Das geschäftsführende Organ der Trägerschaft muss sich aus mindestens fünf Mitgliedern zusammensetzen, die nicht persönlich verbunden sind.

³ Persönliche Verbundenheit besteht unter Ehegatten, Partnern und Partnerinnen, die in eingetragener Partnerschaft oder in stabiler eheähnlicher Beziehung leben, sowie unter Verwandten und Verschwägerten bis und mit dem zweiten Grade.

⁴ Mitarbeitende der anerkannten Einrichtung und von ihr Beauftragte dürfen der Trägerschaft nicht angehören. *

§ 14 Organisation

¹ Die anerkannten Einrichtungen erstellen ein Strategie-, ein Leistungs- und ein Strukturkonzept. Diese bilden integralen Bestandteil des Rahmenvertrags. *

² Die privatrechtlichen Trägerschaften von anerkannten Einrichtungen sind im Handelsregister einzutragen. *

§ 15 Strategiekonzept *

¹ Das Strategiekonzept beschreibt für die aktuelle Situation und einen Zeithorizont von 8 bis 12 Jahren *

- a) das Leistungsangebot,
- b) Ziel und Zweck des Angebots,
- c) * die fachlichen Grundhaltungen bezüglich Leistungserbringung,
- d) * die Nutzung der Infrastruktur, soweit sie für die Leistungserbringung zugunsten von unterstützten oder betreuten Menschen relevant ist.

§ 16 Leistungskonzept

¹ Das Leistungskonzept beinhaltet

- a) die Beschreibung der Leistungen,
- b) die Adressaten der Leistungen,
- c) das Einzugsgebiet,
- d) * ...

§ 17 Strukturkonzept

¹ Das Strukturkonzept beinhaltet

- a) die Führungsgrundsätze,
- b) das Organigramm,
- c) das Funktionendiagramm,
- d) das Qualitätssystem.

² In begründeten Fällen kann das BKS anerkannte Einrichtungen von der Erstellung des Strukturkonzepts oder einzelner Bestandteile davon befreien. *

§ 18 Qualitätsstandards *

¹ Im Leistungsvertrag gemäss § 19 BeG werden Qualitätsstandards sowie überprüfbare Qualitätsindikatoren in den folgenden Bereichen vereinbart: *

- a) * Grundlagen,
- b) * Infrastruktur, soweit sie für die Leistungserbringung zugunsten von unterstützten oder betreuten Menschen relevant ist,
- c) * Leitung und Mitarbeitende,
- d) * unterstützte oder betreute Personen.

² Die anerkannten Einrichtungen können im Leistungskonzept weitere Qualitätsstandards sowie überprüfbare Qualitätsindikatoren definieren. *

³ Die anerkannten Einrichtungen sind verpflichtet, die Erfüllung der Qualitätsstandards gemäss Absatz 1 mindestens alle vier Jahre durch eine externe Auditgesellschaft überprüfen zu lassen. Der Auditbericht ist unverzüglich an das BKS weiterzuleiten. Die Durchführung des externen Audits richtet sich nach den Vorgaben des BKS. *

§ 19 Bau und Räumlichkeiten

¹ Bei Leistungserbringung in Räumlichkeiten der anerkannten Einrichtung haben Raumangebot, Raumanordnung, Ausstattung, Sicherheitseinrichtungen und die Umgebungsgestaltung den besonderen Bedürfnissen der unterstützten oder betreuten Menschen zu entsprechen. *

² Vor dem Kauf oder der Anmietung von Räumlichkeiten ist die Genehmigung des BKS einzuholen. Für Bauvorhaben gelten die §§ 40–46. *

§ 20 Rechnungsführung und Jahresrechnung

¹ Grundlage für die Rechnungsführung bildet der Kontenrahmen für soziale Einrichtungen IVSE ¹⁾ von ARTISET ²⁾. Für die Rechnungsführung und Jahresrechnung gelten folgende Grundsätze: *

- a) Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens- und Ertragslage,
- b) Fortführung der Tätigkeit,
- c) Stetigkeit in Darstellung und Bewertung,
- d) Klarheit und Vollständigkeit,

¹⁾ Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE vom 13. Dezember 2002 (SAR [428.030](#))

²⁾ Föderation der Branchenverbände der Dienstleister für Menschen mit Unterstützungsbedarf

- e) Bruttoprinzip,
- f) Periodengerechtigkeit,
- g) Vorsichtsprinzip,
- h) die Jahresrechnung umfasst Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang sowie den Bericht der Revisionsstelle.

1bis ... *

² Bei anerkannten Einrichtungen mit kommunaler oder interkommunaler öffentlich-rechtlicher Trägerschaft erfolgt die Rechnungslegung entsprechend den Vorgaben des kantonalen Finanzrechts für Gemeinden sowie dem Handbuch des Rechnungswesens der Gemeinden. *

³ Anerkannte Einrichtungen führen eine Kostenrechnung nach den Vorgaben des BKS. *

2.3. *Gemeinsame Bestimmungen*

§ 21 Gesuche, Angaben und Unterlagen

¹ Betriebsbewilligungs- und Anerkennungsgesuche sind dem BKS schriftlich einzureichen und müssen folgende Angaben und Unterlagen enthalten: *

- a)
 - 1. bei Betriebsbewilligungsgesuchen: Betriebskonzept mit Angaben über Art und Umfang der aufzunehmenden Personengruppen, das Betreuungs- und Pflegeangebot sowie die Organisations- und Führungsstruktur,
 - 2. * bei Anerkennungsgesuchen: Strategie-, Leistungs- und Strukturkonzept sowie Handelsregisterauszug bei privatrechtlichen Trägerschaften,
- b) *
 - 1. * bei privatrechtlichen Trägerschaften: Statuten oder Stiftungsurkunden sowie die Personalien der Mitglieder des geschäftsführenden Trägerschaftsorgans,
 - 2. * bei kommunalen oder interkommunalen öffentlich-rechtlichen Trägerschaften: Anstaltsordnung oder Satzungen, massgebliche Reglemente sowie die Personalien der Mitglieder des geschäftsführenden Trägerschaftsorgans,
- c) * Personalien, Qualifikation und aktuellen Strafregisterauszug der Leiterin oder des Leiters der Einrichtung,
- d) Stellenplan,
- e) * ...
- f) * ...
- g) * aktuelles Budget und Finanzplan für die nächsten drei Jahre.
- h) * ...

² Das BKS kann von der Trägerschaft und der Leitung zusätzliche Unterlagen einfordern. *

³ Bei Gesuchen, die diesen Anforderungen nicht genügen, ist eine angemessene Nachfrist zur Verbesserung anzusetzen unter Androhung des Nichteintretens.

§ 22 * ...

§ 23 Gesuche von Sonderschulen und Einrichtungen für besondere Förder- und Stützmassnahmen mit privatrechtlicher Trägerschaft *

¹ Betriebsbewilligungsgesuche von Sonderschulen mit privatrechtlicher Trägerschaft müssen zusätzlich zu den §§ 21 und 22 Angaben zu den nach der Schulgesetzgebung für die Privatschulen geltenden Bewilligungsvoraussetzungen enthalten. *

² Anerkennungsgesuche von Sonderschulen und Einrichtungen für besondere Förder- und Stützmassnahmen gemäss § 1 Abs. 1 lit. c und d mit privatrechtlicher Trägerschaft müssen zusätzlich zu den §§ 21 und 22 Angaben zur Ausgestaltung der Anstellungsverhältnisse und Entlohnung ihrer Lehrpersonen und Sprachheilfachpersonen enthalten. *

§ 24 Änderung der Verhältnisse

¹ Wesentliche Änderungen der Organisation oder der Tätigkeit sind

- a) Änderungen der Statuten oder der Stiftungsurkunde,
- b) Wechsel der leitenden Person der Einrichtung oder des Präsidiums der Trägerschaft,
- c) Standortwechsel der Einrichtung und massgebliche Änderungen bei den Räumlichkeiten,
- d) * Änderungen des Strategie-, des Leistungs- und des Strukturkonzepts bei den anerkannten Einrichtungen beziehungsweise des Betriebskonzepts bei den Einrichtungen mit Betriebsbewilligung.

§ 25 Aufsicht

¹ Das BKS überprüft die Einrichtungen mit Betriebsbewilligung auf der Grundlage einer jährlichen standardisierten Berichterstattung auf die Einhaltung der Betriebsbewilligungsvoraussetzungen. Mindestens alle vier Jahre findet eine Überprüfung vor Ort statt. *

² Bei den anerkannten Einrichtungen wird die Einhaltung der Anerkennungsvoraussetzungen im Rahmen der Leistungsüberprüfung gemäss § 38 überprüft.

³ Bei erheblichen Hinweisen auf eine mangelhafte Leistungserbringung oder bei Verdacht auf erhebliche Qualitätsdefizite kann das BKS ein externes Audit anordnen. Die Kosten trägt das BKS. *

§ 26 * ...

3. ... *

§ 27 * ...

§ 28 * ...

§ 29 * ...

§ 30 * ...

§ 31 * ...

§ 32 * ...

3^{bis}. Abklärungsstelle *

§ 32a * Zuständigkeit

¹ Die Abklärungsstelle ist zuständig für die Bemessung des individuellen Unterstützungs- oder Betreuungsbedarfs von Menschen mit Behinderungen, die ambulante Leistungen von anerkannten Einrichtungen gemäss den §§ 1b, 4a und 7a beziehen.

² Für den Bezug von ambulanten Leistungen ist eine vorgängige Abklärung durch die Abklärungsstelle erforderlich. Bei zeitlicher Dringlichkeit kann der Leistungsbezug mit Einverständnis der Abklärungsstelle bereits vor der Abklärung beginnen.

§ 32b * Verfahren und Ergebnis der Abklärung

¹ Der individuelle Unterstützungs- oder Betreuungsbedarf wird mit dem Instrument des Individuellen Hilfeplans (IHP) ermittelt. Der IHP basiert in der Regel auf einer Selbsteinschätzung der gesuchstellenden Person und wird durch eine Fremdeinschätzung aus ihrem persönlichen Umfeld ergänzt.

² Das Ergebnis der Abklärung begründet keinen Rechtsanspruch auf einen Leistungsbezug.

§ 32c * Überprüfung

¹ Der individuelle Unterstützungs- oder Betreuungsbedarf wird in der Regel alle drei Jahre überprüft.

² Die leistungsbeziehende Person oder ihre gesetzliche Vertretung kann eine Überprüfung verlangen, wenn sie eine wesentliche Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse glaubhaft machen kann.

4. Planung und Steuerung

4.1. Leistungsverträge *

§ 33 Grundsatz und Form der Leistungsabgeltung

¹ Die Leistungsabgeltung bezieht sich auf diejenigen Leistungen, die im Leistungsvertrag zwischen dem Kanton und den anerkannten Einrichtungen festgehalten sind. *

² Die Leistungsabgeltung erfolgt mit Fall-, Tages- oder Monatspauschalen oder einer Pauschale pro Stunde der Leistungserbringung. *

a) * ...

b) * ...

c) * ...

d) * ...

e) * ...

^{2bis} Die Leistungsabgeltung von anerkannten Werk- und Tagesstätten sowie anerkannten stationären Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen erfolgt mit Tages- oder Monatspauschalen, die nach dem individuellen Betreuungsbedarf abgestuft werden. Der individuelle Betreuungsbedarf wird mit dem Instrument "Individueller Betreuungsbedarf (IBB) der SODK Ost+ZH" ¹⁾ erhoben. *

³ Im Rahmenvertrag können abweichende Leistungsabgeltungen vereinbart werden, wenn dies aufgrund besonderer Umstände als sachgerecht erscheint. *

⁴ ... *

§ 34 * Berechnung der Leistungsabgeltung

¹ Die Leistungsabgeltung orientiert sich an kantonalen Durchschnittswerten und deckt die für die Leistungserbringung erforderlichen Personal- und Sachkosten abzüglich der anrechenbaren Erträge sowie der Betriebsbeiträge des Bundes. *

² Die Leistungsabgeltung der Aufwendungen für immobile Sachanlagen, inklusive Instandsetzungs- und Instandhaltungskosten, sowie Aufwendungen zur Miete von immobilen Sachanlagen richten sich nach den sachlich erforderlichen Kosten und den Vorgaben gemäss den §§ 35, 43 und 46. *

§ 35 Anrechenbare Aufwendungen

¹ Die anrechenbaren Aufwendungen entsprechen grundsätzlich den Kontenklassen drei und vier des Kontenrahmens für soziale Einrichtungen IVSE von ARTISET. *

^{1bis} Auf ausstehende Forderungen kann höchstens ein Delkredere von 5 %, auf solche gegenüber dem Kanton kein Delkredere vorgenommen werden. *

^{1ter} Debitorenverluste können nur bei Vorliegen von Verlustscheinen geltend gemacht werden. Das BKS kann Ausnahmen bewilligen. *

¹⁾ IBB der Schweizerischen Sozialdirektorenkonferenz Ost plus Kanton Zürich

¹quater Folgende Aufwendungen können nur mit Genehmigung des BKS geltend gemacht werden: *

- a) Kauf- und Mietkosten von immobilien Sachanlagen,
- b) Fremdkapitalkosten von immobilien Sachanlagen.

¹quinquies Der Beitrag an die Instandhaltung der immobilien Sachanlagen zu Gunsten des Instandhaltungsfonds gemäss § 39a berechnet sich nach einem vom BKS vorgegebenen Immobilienbewirtschaftungssystem. *

² Abschreibungen sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen linear vom Anschaffungswert vorzunehmen. Es gelten folgende maximalen Abschreibungssätze:

- a) * 3 % auf immobilien Sachanlagen,
- b) * 20 % auf Mobilien, Maschinen und Fahrzeugen,
- c) 33 ⅓ % auf Informatik- und Kommunikationssystemen.

²bis Das BKS kann in begründeten Fällen Ausnahmen vom maximalen Abschreibungssatz gemäss Absatz 2 lit. a bewilligen. *

³ Objekte mit einem Anschaffungswert von Fr. 3'000.– oder mehr sowie immobile Sachanlagen und Instandsetzungen mit einem Anschaffungswert von Fr. 50'000.– oder mehr sind zu aktivieren. Bei Anschaffungen von mehreren gleichen Objekten ist der gesamte Anschaffungswert für die Aktivierung massgebend. *

⁴ ... *

⁵ Nicht als anrechenbare Aufwendungen gelten

- a) * Abschreibungen auf bebautem und unbebautem Land,
- b) individuelle Nebenkosten der Betreuten insbesondere für Kleider, Taschengeld, individuelle Freizeitaktivitäten ausserhalb der Einrichtung, externe Therapien, ärztliche und zahnärztliche Behandlungen sowie individuelle Medikamente,
- c) * Kosten für Schülertransporte.

⁶ ... *

§ 36 Anrechenbare Erträge

¹ Als anrechenbare Erträge gelten

- a) * Erträge aus Dienstleistungen, Handel und Produktion,
- b) * Erträge aus Nebenbetrieben,
- c) Miet- und Kapitalzinsertrag,
- d) * Erträge aus Leistungen an Mitarbeitende und Dritte,
- e) * Erträge aus übrigen Dienstleistungen für Betreute,
- f) * individuelle Beiträge wie Einzelbeiträge der Sozialversicherungen für medizinisch-therapeutische Massnahmen an Leistungen, die in der Kostenrechnung nicht separat erfasst und nicht verrechnet werden, im Aufwand jedoch enthalten sind.

§ 36a * Spenden

¹ Die Verbuchung von Spendengeldern erfolgt nach den jeweils aktuellen IVSE-Richtlinien zur Leistungsabgeltung und zur Kostenrechnung ¹⁾. *

² Spendengelder ohne einschränkende Zweckbestimmung können unter Berücksichtigung der Grundsätze gemäss § 20 einbezogen werden *

- a) * zur Kostentragung von Vorhaben der anerkannten Einrichtungen,
- b) * zur Deckung eines Negativsaldos des Rücklagenfonds gemäss § 39.

³ Das BKS legt nach Anhörung der anerkannten Einrichtung fest, ob beziehungsweise in welchem Umfang ein Einbezug von Spendengeldern gemäss Absatz 2 lit. a stattfindet. *

§ 37 Rechnungsstellung und Abzüge

¹ Die anerkannten Einrichtungen stellen dem BKS monatlich eine Sammelrechnung für die von ihnen unterstützten oder betreuten Menschen zu. Im Leistungsvertrag kann eine andere Rechnungsperiode vereinbart werden. *

² Von der vereinbarten Leistungsabgeltung abgezogen werden: *

- a) * Individuelle Leistungen wie Einzelbeiträge der Sozialversicherungen, die nicht als anrechenbarer Ertrag gemäss § 36 Abs. 1 lit. f gelten,
- b) * Beiträge der Gemeinden gemäss den §§ 25, 27 Abs. 3, 29a Abs. 4 und 30 Abs. 3 und 4 BeG,
- c) * Beiträge und allfällige Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen sowie Zuschläge der Invalidenversicherung (IV) von Eltern und erwachsenen Menschen gemäss den §§ 27, 29a, 29b und 30 BeG.

³ Bei anerkannten Sonderschulen mit kommunaler oder interkommunaler öffentlich-rechtlicher Trägerschaft wird zusätzlich der Personalaufwand für die durch den Kanton besoldeten Lehrpersonen in Abzug gebracht. *

⁴ ... *

⁵ Von den anerkannten Einrichtungen nicht eingeforderte Betriebsbeiträge des Bundes sowie Beiträge gemäss Absatz 2 sind von den Einrichtungen selber zu bezahlen. *

§ 38 Leistungsüberprüfung

¹ Die Erfüllung des Leistungsvertrags wird jährlich durch die anerkannte Einrichtung und das BKS überprüft. Grundlage für die Leistungsüberprüfung durch das BKS bilden folgende Unterlagen der anerkannten Einrichtung: *

- a) * standardisierter Bericht zur quantitativen und qualitativen Leistungserbringung,
- b) * ...
- c) Bericht über aktuelle Entwicklungen,
- d) * ...
- e) * geprüfte Betriebsabrechnung und geprüfte Jahresrechnung beziehungsweise Gemeinderechnung sowie Revisionsstellenbericht.

¹⁾ Diese Richtlinie kann unter www.sodk.ch eingesehen werden.

² Das BKS kann in der anerkannten Einrichtung insbesondere die Betriebsabrechnung inklusive deren Basisdaten prüfen. Es teilt der anerkannten Einrichtung die Resultate seiner Überprüfung mit. Diese werden bei Bedarf gemeinsam besprochen. *

³ Die Resultate der Überprüfung beziehungsweise das Ergebnis der Besprechung bilden die Grundlage für die Festlegung von Menge und Leistungsabgeltung im nächsten Leistungsvertrag sowie für allfällige Anpassungen bei den Entwicklungsschwerpunkten. *

⁴ Die anerkannten Einrichtungen können vom BKS verpflichtet werden, die Revision auf weitere von der Betreuungsgesetzgebung oder dem Leistungsvertrag vorgeschriebene Elemente auszuweiten. *

§ 39 Rücklagenfonds *

¹ Die anerkannten Einrichtungen sind verpflichtet, Überschüsse und Fehlbeträge einem Rücklagenfonds zuzuweisen. Dieser ist in der Bilanz als zweckgebundenes Kapital auszuweisen. *

² Der Saldo des Rücklagenfonds darf folgende Maximalbeträge nicht überschreiten: *

- a) * Anerkannte Einrichtungen mit einer jährlichen Leistungsabgeltung von weniger als 1 Million Franken: 40 % der jährlichen Leistungsabgeltung,
- b) * Anerkannte Einrichtungen mit einer jährlichen Leistungsabgeltung zwischen 1 Million und 3 Millionen Franken: 30 % der jährlichen Leistungsabgeltung,
- c) * Anerkannte Einrichtungen mit einer jährlichen Leistungsabgeltung von mehr als 3 Millionen Franken: 20 % der jährlichen Leistungsabgeltung.

^{2bis} Ein über den Maximalbetrag gemäss Absatz 2 hinausgehender Betrag ist dem BKS zu erstatten. *

³ Der Rücklagenfonds dient dem Ausgleich von Schwankungen im Betriebsergebnis und zur Deckung von Rückstellungsrisiken. *

⁴ Ausserdem kann das zuständige Organ der Trägerschaft dem Rücklagenfonds, unter Berücksichtigung der Grundsätze gemäss § 20 und wenn kein Negativsaldo besteht, pro Jahr bis 30 % des zugewiesenen Überschusses des Vorjahres entnehmen und für Angebote oder Vorhaben im Rahmen des Vertragszwecks verwenden. Für darüber hinausgehende Entnahmen ist die Zustimmung des BKS erforderlich. *

^{4bis} Besteht beim Rücklagenfonds am Ende des Rechnungsjahrs ein Negativsaldo, der 20 % der jährlichen Leistungsabgeltung überschreitet, sind die notwendigen Sanierungsmassnahmen im Leistungsvertrag zu vereinbaren. Kommt keine Einigung zustande, werden sie vom BKS angeordnet. *

^{4ter} Ein Negativsaldo des Rücklagenfonds wird bei Wegfall der Anerkennung vom BKS weder übernommen noch durch Zahlung ausgeglichen. *

⁵ ... *

⁶ ... *

§ 39a * Instandhaltungsfonds

¹ Die anerkannten Einrichtungen sind verpflichtet, Überschüsse und Fehlbeträge der Instandhaltungsfinanzierung der immobilien Sachanlagen einem Instandhaltungsfonds zuzuweisen. Dieser ist in der Bilanz als zweckgebundenes Kapital auszuweisen. *

² Der Saldo des Instandhaltungsfonds darf den Betrag von höchstens 200 % der jährlich für die Instandhaltung vorgesehenen Kosten nicht überschreiten. Ein darüber hinausgehender Betrag ist dem BKS zu erstatten. *

³ Der Instandhaltungsfonds dient dem Ausgleich von Schwankungen der Instandhaltungsfinanzierung.

⁴ Die Verwendung der Fondsmittel richtet sich nach den Richtlinien des BKS. *

4.2. Bauvorhaben der anerkannten Einrichtungen

§ 40 Definition

¹ Genehmigungspflichtige Bauvorhaben von anerkannten Einrichtungen sind Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Instandsetzungen gemäss der Norm SIA 469 «Erhaltung von Bauwerken» des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) ¹⁾. *

§ 41 Phasen des Genehmigungsverfahrens

¹ Das Genehmigungsverfahren eines Bauvorhabens umfasst folgende Phasen:

- a) * Anmeldung des Bauvorhabens mit Bedarfsnachweis und Raumprogramm sowie betrieblichen und finanziellen Auswirkungen,
- b) * ...
- c) * ...
- d) * ...
- e) * Bauprojekt,
- f) * Bauabrechnung.

² ... *

³ Das BKS kann in begründeten Fällen das Genehmigungsverfahren verkürzen. *

§ 42 Ablauf des Genehmigungsverfahrens

¹ Das Genehmigungsverfahren richtet sich im Einzelnen nach den Richtlinien des BKS für Bauvorhaben anerkannter Einrichtungen. Für das Raumprogramm ist das Richtraumprogramm des BKS massgebend. *

² Das BKS überprüft die ihm eingereichten Angaben und Unterlagen und entscheidet über die Genehmigung der einzelnen Phasen. *

¹⁾ Die SIA-Norm kann bezogen werden unter www.webnorm.ch und ist einsehbar beim BKS.

³ Die Genehmigung eines Bauprojekts setzt voraus, dass die dazu erforderlichen Mittel im kantonalen Aufgaben- und Finanzplan eingestellt worden sind. *

§ 43 * Anrechenbare Anlagekosten

¹ Mit der Genehmigung des angemeldeten Bauvorhabens legt das BKS einen Kostenrahmen für die anrechenbaren Anlagekosten fest. Die definitiv anrechenbaren Anlagekosten und der Einbezug von Spendengeldern gemäss § 36a werden mit der Genehmigung des Bauprojekts festgelegt. *

² Wird bei Projektänderungen vorgängig keine Genehmigung eingeholt oder wird sie abgelehnt, kann das BKS die anrechenbaren Anlagekosten kürzen. *

§ 43a * Eigenmittel und Fremdnutzung

¹ Wenn die Trägerschaft ein Bauvorhaben über die festgelegten anrechenbaren Anlagekosten hinaus mit Eigenmitteln oder mit einer Fremdnutzung realisieren will, hat sie aufzuzeigen, wie sie die Refinanzierung dieser Kosten sicherstellt. Zeigen diese Darlegungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen keine genügende Refinanzierung auf, kann das BKS die Genehmigung des Bauvorhabens verweigern. *

§ 44 Planung und Ausführung

¹ Die Vergabe der Planungs- und Ausführungsarbeiten sowie die Auswahl des Investors oder der Investorin bei Bauvorhaben mit Investoren erfolgt nach den Bestimmungen des Submissionsdekrets. *

² Mit der Bauausführung darf erst nach der Genehmigung des Bauprojekts begonnen werden.

³ Änderungen des Projekts während der Bauausführung müssen vor Beginn der betreffenden Arbeiten genehmigt werden.

§ 45 Bauabrechnung

¹ Die Bauabrechnung ist in der Regel 12 Monate nach Bauvollendung dem BKS einzureichen. Nicht anrechenbare Kosten sowie Mehr- oder Minderkosten infolge Teuerung oder Änderungen des Projekts während der Bauausführung sind gesondert auszuweisen. *

§ 46 Bauvorhaben mit Investoren

¹ Bei Bauvorhaben, welche die Trägerschaft mit einer Investorin oder einem Investor realisiert, muss das Raumprogramm vom BKS nach Massgabe seines Richtraumprogramms genehmigt werden. Gleichzeitig mit der Genehmigung des Raumprogramms werden die maximal anrechenbaren Mietkosten festgelegt. *

4.3. ... *

§ 47 *

§ 48 *

5. Finanzierung und Kostenverteilung

5.1. Bewilligungsvoraussetzungen für Leistungen ausserkantonaler Einrichtungen

§ 49 Sonderschulen, stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen

¹ Leistungen ausserkantonaler Sonderschulen und stationärer Kinder- und Jugendeinrichtungen werden bewilligt, wenn *

- a) * ein begründetes Gesuch der zuständigen Zuweisungs- oder Unterbringungsbehörde mit einem Fachbericht des Schulpsychologischen Dienstes beziehungsweise mit einem Sozialbericht der Gemeinde vorliegt,
- b) im Kanton Aargau kein geeigneter Platz in einer anerkannten Einrichtung zur Verfügung steht und
- c) * die ausserkantonale Einrichtung die Kriterien der §§ 2 Abs. 1 beziehungsweise 3 Abs. 1 erfüllt und vom Standortkanton der IVSE unterstellt worden ist.

² Auf die Erfüllung der Voraussetzung gemäss Absatz 1 lit. b kann aus wichtigen Gründen verzichtet werden.

³ Leistungen werden nicht bewilligt, wenn das Preis-/Leistungsverhältnis im Vergleich mit gleichartigen Einrichtungen ungenügend ist und eine andere der IVSE unterstellte Einrichtung mit einem wesentlich besseren Preis-/Leistungsverhältnis zur Verfügung steht, welche den Bedürfnissen der betreffenden Person ebenfalls in angemessener Weise entspricht und bezüglich Standort zumutbar ist. *

§ 49a * Kosten für Schülertransporte

¹ Das BKS entscheidet über die notwendigen Transportkosten für den Besuch ausserkantonaler Sonderschulen. *

² Notwendige Transportkosten meint die kostengünstigste Variante für Fahrten der Schülerinnen und Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Wohnort zur Schule und umgekehrt an Schultagen beziehungsweise am Anfang und am Ende der Schulwoche bei stationärer Sonderschulung. Ist der Transport mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Sammeltransport der Schule im Einzelfall nicht zumutbar, werden für die Verwendung eines privaten Transportmittels pro Kilometer 70 Rappen (Personenwagen) oder die Auslagen einer kostengünstigen Variante für Taxifahrten vergütet. *

³ Sofern der Schülertransport nicht durch die ausserkantonale Sonderschule durchgeführt wird und diese dem BKS die Transportkosten nicht direkt in Rechnung stellt, hat die gesetzliche Vertretung des Kindes oder des Jugendlichen dem BKS ein Gesuch um Übernahme der Transportkosten einzureichen. *

§ 50 Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen

¹ Leistungen ausserkantonaler stationärer Einrichtungen sowie Werk- und Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderungen werden bewilligt, wenn *

- a) * ein begründetes Gesuch der Person mit Behinderung beziehungsweise ihrer gesetzlichen Vertretung und bei fürsorgerischer Unterbringung ein Antrag der zuständigen Behörde vorliegt,
- b) * für den Aufenthalt in einer stationären Einrichtung eine Kopie der Anmeldung bei der SVA Aargau um Berechnung der individuellen Beiträge oder eine schriftliche Bestätigung der Person mit Behinderung beziehungsweise deren gesetzlichen Vertretung, dass die Beiträge gemäss § 56a Abs. 2 selber bezahlt werden (Selbstzahlerbestätigung), vorliegt und
- c) * die ausserkantonale Einrichtung die entsprechenden Kriterien der §§ 4 oder 5 erfüllt und vom Standortkanton der IVSE unterstellt worden ist.

² Leistungen werden nicht bewilligt, wenn das Preis-/Leistungsverhältnis im Vergleich mit gleichartigen Einrichtungen ungenügend ist und eine andere der IVSE unterstellte Einrichtung mit einem wesentlich besseren Preis-/Leistungsverhältnis zur Verfügung steht, welche den Bedürfnissen der betreffenden Person ebenfalls in angemessener Weise entspricht und bezüglich Standort zumutbar ist. *

§ 51 Frauenhäuser

¹ Leistungen, die ausserkantonale Frauenhäuser für Frauen in familiären oder sozialen Notlagen mit Unterstützungswohnsitz im Kanton Aargau erbringen, werden bewilligt, wenn

- a) ein Gesuch um Kostenübernahmegarantie des ausserkantonalen Frauenhauses vorliegt,
- b) das ausserkantonale Frauenhaus Mitglied des Vereins Dachorganisation Frauenhäuser (DAO) ist,
- c) im Kanton Aargau kein Platz in einem anerkannten Frauenhaus zur Verfügung steht oder aus Sicherheitsgründen ein ausserkantonaler Platz notwendig ist.

² Das BKS informiert die Gemeinden am Unterstützungswohnsitz der Frauen und bei mitgebrachten Kindern und Jugendlichen zusätzlich deren Wohnsitzgemeinden über die bewilligten Leistungen. *

§ 52 Gemeinsame Bestimmungen

¹ Bewilligungen für Leistungen in ausserkantonalen Einrichtungen sind in der Regel zu befristen. Sie können mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

² Mit der Bewilligung leistet das BKS der ausserkantonalen Einrichtung die Kostenübernahmegarantie für die Dauer der Bewilligung. *

*5.1^{bis}. Andere Leistungspflichtige beim Bezug ambulanter Leistungen **

§ 52a * Leistungsbezug von anerkannten Einrichtungen mit ambulanten Angeboten

¹ Beim Leistungsbezug von anerkannten Einrichtungen mit ambulanten Angeboten gemäss den §§ 1b und 4a sind die Vergütungen für Krankheits- und Behinderungskosten gemäss den §§ 12, 18 und 18^{bis} der Verordnung über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (ELKV-AG) vom 17. November 2010 ¹⁾ nicht auszuschöpfen.

*5.2. Beiträge an anerkannte Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien **

§ 53 Beiträge der Gemeinden

¹ Die Gemeindebeiträge betragen für *

- a) * anerkannte Tagessonderschulen Fr. 620.– pro Person und Kalendermonat,
- b) * anerkannte stationäre Sonderschulen sowie anerkannte stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie anerkannte Dienstleistungsanbieter in der Familienpflege Fr. 1'240.– pro Person und Kalendermonat,
- c) * anerkannte Einrichtungen mit Angeboten der aufsuchenden Familienarbeit Fr. 930.– pro Familie und Kalendermonat.

^{1bis} Der Gemeindebeitrag an anerkannte Einrichtungen gemäss Absatz 1 lit. c beträgt Fr. 310.–, wenn ein Kind derselben Familie eine anerkannte Tagessonderschule besucht. Besuchen zwei oder mehr Kinder derselben Familie eine anerkannte Tagessonderschule, wird kein Gemeindebeitrag gemäss Absatz 1 lit. c erhoben. *

^{1ter} Anerkannte Einrichtungen mit stationären oder ambulanten Angeboten zur Entlastung von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen erheben keinen Gemeindebeitrag. *

² Bei Ein- und Austritten während eines Kalendermonats hat die Gemeinde der anerkannten Einrichtung den ganzen Monatsbeitrag zu leisten. Vorbehalten ist Absatz 3. *

³ Wechselt eine Person die anerkannte Einrichtung während des Kalendermonats, hat die Gemeinde für diesen Monat derjenigen anerkannten Einrichtung den ganzen Monatsbeitrag zu leisten, welche die Person zuvor unterstützte oder betreute. *

⁴ Verlegt eine Person ihren Aufenthaltsort beziehungsweise ihren zivilrechtlichen Wohnsitz während eines Kalendermonats in eine andere Gemeinde oder in einen anderen Kanton, hat die bisherige Aufenthalts- beziehungsweise Wohnsitzgemeinde der anerkannten Einrichtung den ganzen Monatsbeitrag zu leisten. *

^{4bis} ... *

¹⁾ SAR [831.315](#)

⁵ Gilt bei einer Person in einer anerkannten stationären Einrichtung ihr Aufenthaltsort als zivilrechtlicher Wohnsitz, ist die Standortgemeinde der anerkannten Einrichtung von der Beitragspflicht befreit. *

§ 54 Beiträge der Eltern

¹ Die Elternbeiträge betragen für *

- a) * anerkannte Tagessonderschulen Fr. 10.– pro Kind und Mittag,
- b) * anerkannte stationäre Sonderschulen sowie anerkannte stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen Fr. 25.– pro Kind und Übernachtung,
- c) * anerkannte Dienstleistungsanbieter in der Familienpflege Fr. 25.– pro Kind und Übernachtung,
- d) * anerkannte Einrichtungen mit Angeboten der aufsuchenden Familienarbeit Fr. 180.– pro Familie und Kalendermonat.

^{1bis} Der Elternbeitrag an anerkannte Einrichtungen gemäss Absatz 1 lit. d entfällt, wenn ein Kind derselben Familie eine anerkannte Tagessonderschule besucht. *

^{1ter} Der Elternbeitrag an anerkannte Tagessonderschulen gemäss Absatz 1 lit. a entfällt, wenn ein Elternbeitrag an eine anerkannte Einrichtung gemäss Absatz 1 lit. b oder c zu leisten ist. *

² ... *

³ Die Eltern von Kindern mit Behinderungen entrichten anerkannten Einrichtungen gemäss Absatz 1 lit. c bezogene Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen sowie Zuschläge der IV anteilmässig pro Kind und Übernachtung. *

⁴ Anerkannte Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Entlastung von Familien mit Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen erheben keinen Elternbeitrag. *

§ 55 Beiträge bei Tagesaufenthalt in anerkannten stationären Jugendeinrichtungen *

¹ Für Jugendliche und junge Erwachsene in gravierenden familiären oder sozialen Problemsituationen, die sich zur Absolvierung einer beruflichen Grundbildung tagsüber in einer anerkannten stationären Jugendeinrichtung aufhalten, leisten die Wohnsitzgemeinden eine Pauschale von Fr. 620.– pro Person und Monat und die Eltern einen Beitrag von Fr. 10.– pro Mittag. *

5.3 Beiträge an anerkannte Einrichtungen für Erwachsene *

§ 56 * ... *

§ 56a * Beiträge der erwachsenen Menschen mit Behinderungen in anerkannten stationären Einrichtungen

¹ Erwachsene Menschen mit Behinderungen entrichten den anerkannten stationären Einrichtungen individuelle Beiträge sowie Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen, die zusammen höchstens der Pauschale für die bezogene Leistung gemäss § 33 entsprechen.

² Der individuelle Beitrag wird nach Massgabe der finanziellen Leistungskraft durch die SVA Aargau nach den Vorgaben gemäss § 29a Abs. 2 BeG und pro Kalendertag bemessen. Er beträgt höchstens

- a) Fr. 120.– für Personen ohne Hilflosenentschädigung oder mit einer Hilflosenentschädigung leichten Grades,
- b) Fr. 150.– für Personen mit einer Hilflosenentschädigung mittleren oder schweren Grades.

³ Selbstzahlende entrichten als individuellen Beitrag die Höchstbeiträge gemäss Absatz 2.

⁴ Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen sind nicht an die anerkannte stationäre Einrichtung zu entrichten, wenn erwachsene Menschen mit Sinnesbehinderungen, insbesondere für ihre gesellschaftliche Teilhabe, auf zusätzliche Unterstützung oder Begleitung angewiesen sind, die nicht von der Einrichtung angeboten wird.

⁵ Der individuelle Beitrag pro Kalendertag reduziert sich um Fr. 20.–, wenn die Person an diesem Tag nicht in der anerkannten Einrichtung übernachtet. Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen sind für diesen Tag nicht zu entrichten.

§ 56b * Beiträge der erwachsenen Menschen mit Behinderungen beim Bezug ambulanter Leistungen

¹ Erwachsene Menschen mit Behinderungen, die keinen Anspruch auf jährliche Ergänzungsleistungen der IV oder der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) haben, leisten den anerkannten Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Unterstützung des selbständigen Wohnens individuelle Beiträge.

² Der individuelle Beitrag wird nach Massgabe der finanziellen Leistungskraft durch die SVA Aargau nach den Vorgaben gemäss § 29b Abs. 2 BeG und pro Kalendermonat bemessen. Er darf 50 % der Leistungsabgeltung gemäss § 33 und 80 % des Beitrags gemäss § 56a Abs. 2 nicht übersteigen.

³ Selbstzahlende entrichten als individuellen Beitrag 50 % der Leistungsabgeltung gemäss § 33, aber höchstens 80 % des Beitrags gemäss § 56a Abs. 2.

⁴ Anerkannte Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Begleitung im ersten Arbeitsmarkt erheben keine individuellen Beiträge.

§ 57 Anmeldung bei der SVA Aargau *

¹ Für die Anmeldung bei der SVA Aargau zur Berechnung des individuellen Beitrags ist die Person mit Behinderung beziehungsweise ihre gesetzliche Vertretung verantwortlich. Eine Anmeldung hat vor dem Eintritt in die anerkannte Einrichtung beziehungsweise vor dem Bezug einer ambulanten Leistung zu erfolgen; bei einer Notplatzierung oder bei einem Leistungsbezug gemäss § 32a Abs. 2 bis spätestens 30 Tage nach dem Eintritt beziehungsweise nach dem Beginn des Leistungsbezugs. Keine Anmeldung ist erforderlich, wenn die Person mit Behinderung der anerkannten Einrichtung die Beiträge selber entrichtet (Selbstzahlende). Bei nicht rechtzeitiger Anmeldung sind bis zur Anmeldung ebenfalls die Beiträge für Selbstzahlende zu entrichten. *

² Die SVA Aargau teilt der Person mit Behinderung beziehungsweise ihrer gesetzlichen Vertretung den individuellen Beitrag mit den Detailangaben zur Berechnung schriftlich mit. Sie stellt dem BKS eine Kopie dieses Schreibens zu. *

³ Die SVA Aargau teilt der betroffenen anerkannten Einrichtung die Höhe des individuellen Beitrags und einer allfälligen Hilflosenentschädigung der Sozialversicherungen zugunsten der Person mit Behinderung mit. *

§ 58 Leistungsvertrag mit der SVA Aargau *

¹ Das BKS regelt die Zusammenarbeit mit der SVA Aargau sowie die Abgeltung deren Dienstleistungen für das BKS durch Leistungsvertrag. *

§ 58a * Änderung der persönlichen oder finanziellen Verhältnisse

¹ Die erwachsenen Menschen mit Behinderungen beziehungsweise deren gesetzliche Vertretungen sind verpflichtet, jede Änderung der persönlichen Verhältnisse sowie wesentliche Änderungen der finanziellen Verhältnisse umgehend der SVA Aargau zu melden.

² Die anerkannten stationären Einrichtungen und die anerkannten Einrichtungen mit ambulanten Angeboten zur Unterstützung des selbständigen Wohnens sind verpflichtet, die erwachsenen Menschen mit Behinderungen beziehungsweise deren gesetzliche Vertretungen einmal jährlich schriftlich auf ihre Meldepflicht gemäss Absatz 1 hinzuweisen.

³ Die SVA Aargau ist verpflichtet, eine neue Festlegung der Beiträge gemäss den §§ 56a und 56b vorzunehmen, wenn sie sozialversicherungsrechtliche Leistungsansprüche des erwachsenen Menschen mit Behinderungen neu festlegt oder davon Kenntnis erhält. Für das weitere Verfahren gilt § 57 Abs. 2 und 3.

§ 59 * ...

6. Weitere Bestimmungen

§ 60 Verwendung des Vermögens beim Wegfall der Anerkennung

¹ Das Vermögen, welches die Trägerschaft einer anerkannten Einrichtung dem Kanton beim Wegfall der Anerkennung zu erstatten hat, umfasst bei Auflösung der Trägerschaft den Verkaufs- und Liquidationserlös und in den übrigen Fällen den tatsächlichen Wert der anerkannten Einrichtung. Davon in Abzug gebracht werden *

- a) allfällige Rückerstattungsforderungen des Bundes und der IV,
- b) * Vermögen, welches die anerkannte Einrichtung nicht mit Geldern von Bund, IV, Kanton und Gemeinden gebildet hat.

² Die Erstattungspflicht gilt unabhängig davon, aus welchem Grund die Anerkennung weggefallen ist.

³ Der Kanton verwendet das ihm erstattete Vermögen zur Reduktion der von Kanton und Gemeinden zu tragenden Restkosten gemäss § 24 BeG. *

§ 61 Beiträge an Organisationen

¹ Folgende Dienstleistungen von gemeinnützigen Organisationen können vom Kanton mit Beiträgen unterstützt werden: *

- a) * kantonsweite Entlastung, Erwachsenenbildung sowie Rechts- und Sozialberatung für Menschen mit Behinderungen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Aargau,
- b) * das Betreiben einer Ombudsstelle für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen im Kanton Aargau,
- c) * Selbstvertretung der Interessen von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen im Kanton Aargau,
- d) * Angebotsplattformen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Aargau.

7. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 62 * ...

§ 63 * ...

§ 63a * ...

§ 63b * Abschreibung von immobilien Sachanlagen

¹ Für immobile Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2020 gekauft, errichtet oder erneuert wurden, gilt in Abweichung von § 35 Abs. 2 lit. a der bisherige Abschreibungssatz bis zur vollständigen Abschreibung.

§ 63c * Verzinsung von Eigenkapital

¹ Für die vor dem 1. Januar 2020 als anrechenbare Aufwendung vom BKS genehmigte Verzinsung von für den Betrieb eingesetztem Eigenkapital ohne den Rücklagenfonds gemäss § 39 Abs. 1 gilt bis zur vollständigen Abschreibung gemäss § 63b das bisherige Recht. *

§ 64 Publikation und Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Aarau, 8. November 2006

Regierungsrat Aargau

Landammann

WERNLI

Staatschreiber

DR. GRÜNENFELDER

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
07.11.2007	01.01.2008	§ 3 Abs. 3	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 13 Abs. 4	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 14 Abs. 2	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 20 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 21 Abs. 1, lit. a), 2.	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 33 Abs. 2, lit. a)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 33 Abs. 2, lit. b)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 33 Abs. 2, lit. c)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 33 Abs. 2, lit. e)	aufgehoben	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 33 Abs. 4	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 34	totalrevidiert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 35 Abs. 2, lit. b)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 35 Abs. 5, lit. a)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 35 Abs. 5, lit. c)	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 36 Abs. 1, lit. a)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 36 Abs. 1, lit. b)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 36 Abs. 1, lit. e)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 36 Abs. 1, lit. f)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 36a	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 37 Abs. 2	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 37 Abs. 5	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 38 Abs. 1, lit. d)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 38 Abs. 1, lit. e)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 38 Abs. 2	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 38 Abs. 3	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 39 Abs. 3	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 39 Abs. 5	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 42 Abs. 3	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 43	totalrevidiert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 47	aufgehoben	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 48	aufgehoben	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 49 Abs. 1, lit. a)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 49 Abs. 1, lit. c)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 49 Abs. 3	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 49a	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 50 Abs. 1, lit. c)	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 50 Abs. 2	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 53 Abs. 4 ^{bis}	eingefügt	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 53 Abs. 5	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 56 Abs. 2	geändert	2007 S. 519
07.11.2007	01.01.2008	§ 59	totalrevidiert	2007 S. 519
15.09.2010	01.01.2011	§ 3 Abs. 1	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 4 Abs. 1	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 4 Abs. 2	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 14 Abs. 2	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 18 Abs. 1	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 21 Abs. 1, lit. a), 2.	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 21 Abs. 1, lit. c)	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 35 Abs. 4	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 49 Abs. 1, lit. a)	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 50 Abs. 1, lit. b)	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 54 Abs. 2	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 56	Titel geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 56 Abs. 1	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 56 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 56 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 56 Abs. 2	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 56 Abs. 3	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 57 Abs. 1	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 61 Abs. 1	geändert	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 61 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 61 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 62	aufgehoben	2010/5-18
15.09.2010	01.01.2011	§ 63	aufgehoben	2010/5-18

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
30.05.2012	01.01.2013	Ingress	geändert	2012/6-07
30.05.2012	01.01.2013	§ 50 Abs. 1, lit. a)	geändert	2012/6-07
07.11.2012	01.01.2013	§ 3 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 3 Abs. 2	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 20 Abs. 1 ^{bis}	aufgehoben	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 35 Abs. 3	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 36a Abs. 2	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 37 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 39	Titel geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 39 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 39 Abs. 3	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 39 Abs. 4	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 39 Abs. 5	aufgehoben	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 39 Abs. 6	aufgehoben	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 40 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 1, lit. a)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 1, lit. b)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 1, lit. c)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 1, lit. d)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 1, lit. e)	eingefügt	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 1, lit. f)	eingefügt	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 2	aufgehoben	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 41 Abs. 3	eingefügt	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 42 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 42 Abs. 2	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 42 Abs. 3	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 43 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 43 Abs. 2	eingefügt	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 43a	eingefügt	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 49 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 49 Abs. 1, lit. a)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 49 Abs. 1, lit. c)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 50 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 50 Abs. 1, lit. a)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 50 Abs. 1, lit. c)	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 53 Abs. 1	geändert	2012/7-30
07.11.2012	01.01.2013	§ 54 Abs. 2	aufgehoben	2012/7-30
30.10.2013	01.01.2014	§ 28	aufgehoben	2013/7-19
30.10.2013	01.01.2014	§ 29	aufgehoben	2013/7-19
22.10.2014	01.01.2015	§ 55 Abs. 1	geändert	2014/6-08
22.10.2014	01.01.2015	§ 61 Abs. 1, lit. a)	geändert	2014/6-08
17.12.2014	01.01.2015	§ 39 Abs. 2	geändert	2014/6-22
17.12.2014	01.01.2015	§ 63a	eingefügt	2014/6-22
14.09.2016	01.08.2017	Ingress	geändert	2017/5-10
14.09.2016	01.08.2017	Titel 3.	aufgehoben	2017/5-10
14.09.2016	01.08.2017	§ 27	aufgehoben	2017/5-10
14.09.2016	01.08.2017	§ 30	aufgehoben	2017/5-10
14.09.2016	01.08.2017	§ 31	aufgehoben	2017/5-10
14.09.2016	01.08.2017	§ 32	aufgehoben	2017/5-10
27.09.2017	01.01.2018	Ingress	geändert	2017/9-15
27.09.2017	01.01.2018	§ 10 Abs. 1	geändert	2017/9-15
25.10.2017	01.01.2018	§ 3 Abs. 3	geändert	2017/9-22
07.11.2018	01.01.2019	§ 1 Abs. 1, lit. e)	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 1 Abs. 2	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 2 Abs. 2	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 33 Abs. 2	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 33 Abs. 2, lit. a)	aufgehoben	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 33 Abs. 2, lit. b)	aufgehoben	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 33 Abs. 2, lit. c)	aufgehoben	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 33 Abs. 2, lit. d)	aufgehoben	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 34 Abs. 1	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 35 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 35 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 35 Abs. 6	aufgehoben	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 36a Abs. 2	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 39 Abs. 3	geändert	2018/7-19
07.11.2018	01.01.2019	§ 49a Abs. 2	geändert	2018/7-19

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
26.06.2019	01.01.2020	§ 11 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 14 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 15	Titel geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 15 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 15 Abs. 1, lit. c)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 15 Abs. 1, lit. d)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 16 Abs. 1, lit. d)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18	Titel geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 1, lit. d)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 2	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 18 Abs. 3	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 19 Abs. 2	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 21 Abs. 1, lit. a), 2.	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 21 Abs. 1, lit. e)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 21 Abs. 1, lit. f)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 21 Abs. 1, lit. h)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 22	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 24 Abs. 1, lit. d)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 25 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 25 Abs. 3	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 34 Abs. 2	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 35 Abs. 1 ^{quater}	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 35 Abs. 1 ^{quinqies}	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 35 Abs. 2, lit. a)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 35 Abs. 3	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 35 Abs. 4	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 38 Abs. 1, lit. a)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 38 Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 38 Abs. 1, lit. d)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 38 Abs. 1, lit. e)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 38 Abs. 3	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 38 Abs. 4	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 39 Abs. 2	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 39 Abs. 2, lit. a)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 39 Abs. 2, lit. b)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 39 Abs. 2, lit. c)	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 39 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 39a	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 41 Abs. 1, lit. a)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 41 Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 41 Abs. 1, lit. c)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 41 Abs. 1, lit. d)	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 43a Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 44 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 45 Abs. 1	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	Titel 4.3.	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 61 Abs. 1, lit. a)	geändert	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 63a	aufgehoben	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 63b	eingefügt	2019/6-03
26.06.2019	01.01.2020	§ 63c	eingefügt	2019/6-03
31.03.2021	01.01.2022	Erlasstitel	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Ingress	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Titel 1.1.	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 1, lit. a)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 1, lit. b)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 1, lit. c)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 1, lit. d)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 1, lit. e)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 1b	eingefügt	2021/12-16

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
31.03.2021	01.01.2022	§ 2 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 3 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 3 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 3a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 3b	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 4a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 5	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 5 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 5 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 5 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 6	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 7	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 7a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 8 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 8 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 8 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 9	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 9 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 10 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 11 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 11 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 12 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 12 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 13 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 13 Abs. 4	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 14 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 14 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 15 Abs. 1, lit. d)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 17 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 18 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 18 Abs. 1, lit. b)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 18 Abs. 1, lit. c)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 18 Abs. 1, lit. d)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 18 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 18 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 19 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 19 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 20 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 20 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 20 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 1, lit. b)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 1, lit. b), 1.	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 1, lit. b), 2.	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 1, lit. c)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 1, lit. g)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 21 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 23	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 23 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 23 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 25 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 25 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 26 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Titel 3 ^{bis}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 32a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 32b	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 32c	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Titel 4.1.	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 33 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 33 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 33 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 33 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 33 Abs. 4	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 35 Abs. 1 ^{ter}	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 35 Abs. 1 ^{quater}	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 35 Abs. 1 ^{quinqnes}	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 36 Abs. 1, lit. d)	geändert	2021/12-16

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
31.03.2021	01.01.2022	§ 36 Abs. 1, lit. f)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 36a Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 36a Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 36a Abs. 2, lit. a)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 36a Abs. 2, lit. b)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 36a Abs. 3	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 2, lit. a)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 2, lit. b)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 2, lit. c)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 4	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 37 Abs. 5	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 38 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 38 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 38 Abs. 4	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 2, lit. a)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 2, lit. b)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 2, lit. c)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 2 ^{bis}	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 4	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39 Abs. 4 ^{bis}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39a Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39a Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 39a Abs. 4	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 40 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 41 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 42 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 42 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 43 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 43 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 43a Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 45 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 46 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 49a Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 49a Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 49a Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 50 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 50 Abs. 1, lit. b)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 50 Abs. 1, lit. c)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 51 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 52 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Titel 5, 1 ^{bis} .	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 52a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Titel 5.2.	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 4	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 4 ^{bis}	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 53 Abs. 5	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1, lit. d)	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 3	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 54 Abs. 4	eingefügt	2021/12-16

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
31.03.2021	01.01.2022	§ 55	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 55 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	Titel 5.3	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 56	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 56a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 56b	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 57	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 57 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 57 Abs. 2	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 57 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 58	Titel geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 58 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 58a	eingefügt	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 59	aufgehoben	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 60 Abs. 1	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 60 Abs. 1, lit. b)	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 60 Abs. 3	geändert	2021/12-16
31.03.2021	01.01.2022	§ 63c Abs. 1	geändert	2021/12-16
26.10.2022	01.01.2023	§ 1b Abs. 2	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 3 Abs. 1 ^{bis}	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 3 Abs. 3	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 3a Abs. 1	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 3a Abs. 2	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 3a Abs. 3	eingefügt	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 4a Abs. 1	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 4a Abs. 1, lit. a)	eingefügt	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 4a Abs. 1, lit. b)	eingefügt	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 7a Abs. 1	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 20 Abs. 1	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 35 Abs. 1	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 35 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 39 Abs. 4 ^{ter}	eingefügt	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 61 Abs. 1, lit. b)	geändert	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 61 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	2022/18-11
26.10.2022	01.01.2023	§ 61 Abs. 1, lit. d)	eingefügt	2022/18-11
13.03.2024	01.07.2024	Ingress	geändert	2024/04-03
13.03.2024	01.07.2024	§ 26	aufgehoben	2024/04-03

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlasstitel	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
Ingress	30.05.2012	01.01.2013	geändert	2012/6-07
Ingress	14.09.2016	01.08.2017	geändert	2017/5-10
Ingress	27.09.2017	01.01.2018	geändert	2017/9-15
Ingress	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
Ingress	13.03.2024	01.07.2024	geändert	2024/04-03
Titel 1.1.	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 1, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 1, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 1, lit. d)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 1, lit. e)	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 1 Abs. 1, lit. e)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1 Abs. 2	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 1 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 1a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 1b	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 1b Abs. 2	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 2 Abs. 2	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 2 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 3 Abs. 1	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 3 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 3 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 3 Abs. 1 ^{bis}	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 3 Abs. 1 ^{bis}	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 3 Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 3 Abs. 3	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 3 Abs. 3	25.10.2017	01.01.2018	geändert	2017/9-22
§ 3 Abs. 3	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 3a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 3a Abs. 1	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 3a Abs. 2	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 3a Abs. 3	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 3b	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 4 Abs. 1	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 4 Abs. 2	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 4a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 4a Abs. 1	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 4a Abs. 1, lit. a)	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 4a Abs. 1, lit. b)	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 5	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 5 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 5 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 5 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 6	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 7	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 7a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 7a Abs. 1	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 8 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 8 Abs. 1, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 8 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 9	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 9 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 10 Abs. 1	27.09.2017	01.01.2018	geändert	2017/9-15
§ 10 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 11 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 11 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 11 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 12 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 12 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 13 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 13 Abs. 4	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 13 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 14 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 14 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 14 Abs. 2	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 14 Abs. 2	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 14 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 15	26.06.2019	01.01.2020	Titel geändert	2019/6-03
§ 15 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 15 Abs. 1, lit. c)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 15 Abs. 1, lit. d)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 15 Abs. 1, lit. d)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 16 Abs. 1, lit. d)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 17 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 18	26.06.2019	01.01.2020	Titel geändert	2019/6-03
§ 18 Abs. 1	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 18 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 18 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 18 Abs. 1, lit. a)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 18 Abs. 1, lit. b)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 18 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 18 Abs. 1, lit. c)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 18 Abs. 1, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 18 Abs. 1, lit. d)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 18 Abs. 1, lit. d)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 18 Abs. 2	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 18 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 18 Abs. 3	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 18 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 19 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 19 Abs. 2	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 19 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 20 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 20 Abs. 1	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 20 Abs. 1 ^{bis}	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 20 Abs. 1 ^{bis}	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	2012/7-30
§ 20 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 20 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 21 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 21 Abs. 1, lit. a), 2.	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 21 Abs. 1, lit. a), 2.	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 21 Abs. 1, lit. a), 2.	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 21 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 21 Abs. 1, lit. b), 1.	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 21 Abs. 1, lit. b), 2.	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 21 Abs. 1, lit. c)	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 21 Abs. 1, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 21 Abs. 1, lit. e)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 21 Abs. 1, lit. f)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 21 Abs. 1, lit. g)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 21 Abs. 1, lit. h)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 21 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 22	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 23	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 23 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 23 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 24 Abs. 1, lit. d)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 25 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 25 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 25 Abs. 3	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 25 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 26	13.03.2024	01.07.2024	aufgehoben	2024/04-03
§ 26 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
Titel 3.	14.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	2017/5-10
§ 27	14.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	2017/5-10
§ 28	30.10.2013	01.01.2014	aufgehoben	2013/7-19
§ 29	30.10.2013	01.01.2014	aufgehoben	2013/7-19
§ 30	14.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	2017/5-10

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 31	14.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	2017/5-10
§ 32	14.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	2017/5-10
Titel 3 ^{bis}	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 32a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 32b	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 32c	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
Titel 4.1.	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 33 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 33 Abs. 2	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 33 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 33 Abs. 2, lit. a)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 33 Abs. 2, lit. a)	07.11.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018/7-19
§ 33 Abs. 2, lit. b)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 33 Abs. 2, lit. b)	07.11.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018/7-19
§ 33 Abs. 2, lit. c)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 33 Abs. 2, lit. c)	07.11.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018/7-19
§ 33 Abs. 2, lit. d)	07.11.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018/7-19
§ 33 Abs. 2, lit. e)	07.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	2007 S. 519
§ 33 Abs. 2 ^{bis}	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 33 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 33 Abs. 4	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 33 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 34	07.11.2007	01.01.2008	totalrevidiert	2007 S. 519
§ 34 Abs. 1	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 34 Abs. 2	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 35 Abs. 1	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 35 Abs. 1 ^{bis}	07.11.2018	01.01.2019	eingefügt	2018/7-19
§ 35 Abs. 1 ^{ter}	07.11.2018	01.01.2019	eingefügt	2018/7-19
§ 35 Abs. 1 ^{ter}	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 35 Abs. 1 ^{quater}	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 35 Abs. 1 ^{quater}	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 35 Abs. 1 ^{quinquies}	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 35 Abs. 1 ^{quinquies}	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 35 Abs. 2, lit. a)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 35 Abs. 2, lit. b)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 35 Abs. 2 ^{bis}	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 35 Abs. 3	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 35 Abs. 3	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 35 Abs. 4	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 35 Abs. 4	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 35 Abs. 5, lit. a)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 35 Abs. 5, lit. c)	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 35 Abs. 6	07.11.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018/7-19
§ 36 Abs. 1, lit. a)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 36 Abs. 1, lit. b)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 36 Abs. 1, lit. d)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 36 Abs. 1, lit. e)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 36 Abs. 1, lit. f)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 36 Abs. 1, lit. f)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 36a	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 36a Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 36a Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 36a Abs. 2	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 36a Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 36a Abs. 2, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 36a Abs. 2, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 36a Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 37 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 37 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 37 Abs. 2	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 37 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 37 Abs. 2, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 37 Abs. 2, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 37 Abs. 2, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 37 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 37 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 37 Abs. 5	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 37 Abs. 5	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 38 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 38 Abs. 1, lit. a)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 38 Abs. 1, lit. b)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 38 Abs. 1, lit. d)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 38 Abs. 1, lit. d)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 38 Abs. 1, lit. e)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 38 Abs. 1, lit. e)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 38 Abs. 2	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 38 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 38 Abs. 3	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 38 Abs. 3	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 38 Abs. 4	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 38 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39	07.11.2012	01.01.2013	Titel geändert	2012/7-30
§ 39 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 39 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39 Abs. 2	17.12.2014	01.01.2015	geändert	2014/6-22
§ 39 Abs. 2	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 39 Abs. 2, lit. a)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 39 Abs. 2, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39 Abs. 2, lit. b)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 39 Abs. 2, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39 Abs. 2, lit. c)	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 39 Abs. 2, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39 Abs. 2 ^{bis}	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 39 Abs. 2 ^{bis}	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39 Abs. 3	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 39 Abs. 3	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 39 Abs. 3	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 39 Abs. 4	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 39 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39 Abs. 4 ^{bis}	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 39 Abs. 4 ^{ter}	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 39 Abs. 5	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 39 Abs. 5	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	2012/7-30
§ 39 Abs. 6	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	2012/7-30
§ 39a	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 39a Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39a Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 39a Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 40 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 40 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 41 Abs. 1, lit. a)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 41 Abs. 1, lit. a)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 41 Abs. 1, lit. b)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 41 Abs. 1, lit. b)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 41 Abs. 1, lit. c)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 41 Abs. 1, lit. c)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 41 Abs. 1, lit. d)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 41 Abs. 1, lit. d)	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 41 Abs. 1, lit. e)	07.11.2012	01.01.2013	eingefügt	2012/7-30
§ 41 Abs. 1, lit. f)	07.11.2012	01.01.2013	eingefügt	2012/7-30
§ 41 Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	2012/7-30
§ 41 Abs. 3	07.11.2012	01.01.2013	eingefügt	2012/7-30
§ 41 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 42 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 42 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 42 Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 42 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 42 Abs. 3	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 42 Abs. 3	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 43	07.11.2007	01.01.2008	totalrevidiert	2007 S. 519
§ 43 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 43 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 43 Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	eingefügt	2012/7-30
§ 43 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 43a	07.11.2012	01.01.2013	eingefügt	2012/7-30
§ 43a Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 43a Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 44 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 45 Abs. 1	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 45 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 46 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
Titel 4.3.	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 47	07.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	2007 S. 519
§ 48	07.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	2007 S. 519
§ 49 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 49 Abs. 1, lit. a)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 49 Abs. 1, lit. a)	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 49 Abs. 1, lit. a)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 49 Abs. 1, lit. c)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 49 Abs. 1, lit. c)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 49 Abs. 3	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 49a	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 49a Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 49a Abs. 2	07.11.2018	01.01.2019	geändert	2018/7-19
§ 49a Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 49a Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 50 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 50 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 50 Abs. 1, lit. a)	30.05.2012	01.01.2013	geändert	2012/6-07
§ 50 Abs. 1, lit. a)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 50 Abs. 1, lit. b)	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 50 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 50 Abs. 1, lit. c)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 50 Abs. 1, lit. c)	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 50 Abs. 1, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 50 Abs. 2	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 51 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 52 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
Titel 5. ¹⁸⁸	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 52a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
Titel 5.2.	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 53 Abs. 1	07.11.2012	01.01.2013	geändert	2012/7-30
§ 53 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 53 Abs. 1, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 53 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 53 Abs. 1, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 53 Abs. 1 ¹⁸⁸	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 53 Abs. 1 ¹⁸⁹	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 53 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 53 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 53 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 53 Abs. 4 ¹⁸⁸	07.11.2007	01.01.2008	eingefügt	2007 S. 519
§ 53 Abs. 4 ¹⁸⁸	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 53 Abs. 5	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 53 Abs. 5	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 54 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 54 Abs. 1, lit. a)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 1, lit. c)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 1, lit. d)	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 1 ¹⁸⁸	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 1 ¹⁸⁹	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 2	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 54 Abs. 2	07.11.2012	01.01.2013	aufgehoben	2012/7-30
§ 54 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 54 Abs. 4	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 55	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 55 Abs. 1	22.10.2014	01.01.2015	geändert	2014/6-08
§ 55 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
Titel 5.3	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 56	15.09.2010	01.01.2011	Titel geändert	2010/5-18

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 56	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 56 Abs. 1	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 56 Abs. 1, lit. a)	15.09.2010	01.01.2011	eingefügt	2010/5-18
§ 56 Abs. 1, lit. b)	15.09.2010	01.01.2011	eingefügt	2010/5-18
§ 56 Abs. 2	07.11.2007	01.01.2008	geändert	2007 S. 519
§ 56 Abs. 2	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 56 Abs. 3	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 56a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 56b	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 57	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 57 Abs. 1	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 57 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 57 Abs. 2	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 57 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 58	31.03.2021	01.01.2022	Titel geändert	2021/12-16
§ 58 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 58a	31.03.2021	01.01.2022	eingefügt	2021/12-16
§ 59	07.11.2007	01.01.2008	totalrevidiert	2007 S. 519
§ 59	31.03.2021	01.01.2022	aufgehoben	2021/12-16
§ 60 Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 60 Abs. 1, lit. b)	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 60 Abs. 3	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16
§ 61 Abs. 1	15.09.2010	01.01.2011	geändert	2010/5-18
§ 61 Abs. 1, lit. a)	15.09.2010	01.01.2011	eingefügt	2010/5-18
§ 61 Abs. 1, lit. a)	22.10.2014	01.01.2015	geändert	2014/6-08
§ 61 Abs. 1, lit. a)	26.06.2019	01.01.2020	geändert	2019/6-03
§ 61 Abs. 1, lit. b)	15.09.2010	01.01.2011	eingefügt	2010/5-18
§ 61 Abs. 1, lit. b)	26.10.2022	01.01.2023	geändert	2022/18-11
§ 61 Abs. 1, lit. c)	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 61 Abs. 1, lit. d)	26.10.2022	01.01.2023	eingefügt	2022/18-11
§ 62	15.09.2010	01.01.2011	aufgehoben	2010/5-18
§ 63	15.09.2010	01.01.2011	aufgehoben	2010/5-18
§ 63a	17.12.2014	01.01.2015	eingefügt	2014/6-22
§ 63a	26.06.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019/6-03
§ 63b	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 63c	26.06.2019	01.01.2020	eingefügt	2019/6-03
§ 63c Abs. 1	31.03.2021	01.01.2022	geändert	2021/12-16